

Ost-West-Konflikt 2.0 und der geopolitische Paradigmenwechsel

Ulrich Menzel

Am 1.2.1970 wurde in Essen der erste Erdgas-Röhren-Vertrag zwischen der BRD und der Sowjetunion unterzeichnet, nachdem zuvor ähnliche Vorhaben am amerikanischen Röhrenembargo gescheitert waren. Die Sowjetunion (SU) verpflichtete sich zur Lieferung von 52 Mrd. Kubikmeter Erdgas. Im Gegenzug sollten Mannesmann und Thyssen Röhren zur Verlegung von 2000 km Gaspipelines liefern. Finanziert wurde das Barter-Geschäft durch einen Vertrag der Deutschen Bank mit der Außenhandelsbank der UdSSR. Ab Oktober 1973 floss via Ukraine und CSSR das erste Gas in das Netz der Ruhrgas AG. Nach diesem Muster folgten bis Januar 1978 weitere vier Verträge mit der Folge, dass die Ost-West-Integration via Pipelines in Europa immer dichter wurde und der sowjetische Marktanteil an der deutschen Gasversorgung immer größer. Der Ostausschuss der deutschen Wirtschaft feierte die Abkommen noch 2020 mit einer Jubiläumsbroschüre. Die geopolitische Kooperation wurde gegen amerikanische Kritik mit dem friedenspolitischen Argument gerechtfertigt „Wer Handel miteinander treibt, der schießt nicht aufeinander“, zumal es sich gut in die neue Ost-Politik der Sozialliberalen Koalition unter dem Motto „Wandel durch Annäherung“ einfügte. Die Ersetzung des giftigen, durch Kohlevergasung erzeugten und teureren, Stadtgases ließ sich zudem außenhandelstheoretisch mit dem Theorem der komparativen Kostenvorteile rechtfertigen.

Ob die Implosion der SU und die Auflösung des Ost-Blocks nach der Wende 1989/90 eher auf deren imperiale Überdehnung zurückgeführt werden kann, die im Rüstungswettlauf auf Kosten des zivilen Sektors nicht mehr mithalten konnte, oder die Aufweichung von innen aufgrund der Ostverträge, darüber streiten sich die Experten bis heute. Von konservativer Seite lautete das Argument, dass der Osthandel die Lebensdauer der Sowjetunion verlängert habe, weil dessen Einnahmen den Rüstungssektor alimentiert haben. Umgekehrt wurde argumentiert, dass die SU sich als verlässlicher Lieferant von Gas, Öl, Kohle, Holz, Getreide und Metallerzen erwiesen und maßgeblich zur Versorgungssicherheit Europas bei Rohstoffen beigetragen habe. Geopolitik als Instrument für Frieden und Wohlstand.

Ein innenpolitischer Nebenaspekt war seit den Regierungen von Brandt und Schmidt die Begründung einer besonderen Beziehung der SPD zur sowjetischen Führung, die

sich in den Gorbatschow-Jahren auszahlte und von Schröder nur fortgesetzt wurde, was lange Zeit durchaus begrüßt wurde. Während Großbritannien und Frankreich bei den 2 + 4-Verhandlungen der deutschen Wiedervereinigung reserviert gegenüber standen, sich die USA eher wohlwollend zeigten, war die Zustimmung der SU letztlich entscheidend unter der Auflage, dass es eine monetäre Kompensation für den Abzug ihrer Truppen aus der DDR gibt zum Bau von neuen Unterkünften und dass die Bundeswehr nicht östlich der Elbe stationiert werde. Ob im Kontext dieser Gespräche auch eine Absprache über den Verzicht einer NATO-Osterweiterung getroffen wurde, wie heute von russischer Seite behauptet, ist umstritten. Zumindest haben die damaligen Zeitzeugen sich später widersprüchlich erinnert.

Von globaler Bedeutung war die Auflösung des sowjetischen Imperiums insofern, als sie das Ende der alten bipolaren Weltordnung markierte. Die USA waren als „einzige Supermacht“ übriggeblieben, aus dem „unipolar moment“ schien eine dauerhafte Konstellation zu werden, in der die USA als erste Hegemonialmacht der Weltgeschichte mit globaler Reichweite die „Neue Weltordnung“ propagierte. Die Welt konnte eine Friedensdividende kassieren, die sich in sinkenden Rüstungsausgaben und steigenden Sozialausgaben manifestierte. Butter statt Kanonen. Im Falle der Bundeswehr wurde der Personalbestand von knapp 500.000 Mann auf etwa 180.000, von zehn auf zwei Divisionen reduziert. Der Etat des Verteidigungsministeriums, lange Zeit auf Augenhöhe mit dem des Sozialministeriums, beträgt mittlerweile nur noch ein Drittel. Russland war in der Jelzin-Ära so geschwächt, dass es der Osterweiterung von NATO und EU nichts entgegensetzen konnte. Die Kalaschnikows und MGs der Roten Armee landeten auf den Wochenmärkten arabischer und afrikanischer Länder, die Soldaten heuerten bei privaten Militärfirmen an. Die USA mussten sogar finanziell einspringen, um zu verhindern, dass die Experten des Nuklearsektors in den Iran oder andere nukleare Schwellenländer abwanderten.

9/11 markierte eine neue Zäsur, insofern der „War on Terror“ die oberste Priorität bekam, aber nur der Militärhaushalt wieder hochgefahren wurde, weil sie mit der Rolle des Weltpolizisten eine weitere globale Zuständigkeit übernahmen. Die hybride Kriegsführung trat an die Stelle des klassischen zwischenstaatlichen Krieges. Länder wie die BRD leisten nicht viel mehr als einen symbolischen Beitrag, weil die Umstellung der Bundeswehr auf Auslandseinsätze mangels Ausrüstung und Ausbildung nur schleppend vorankam. Da die Mittel weiter schrumpften, war die Neuorientierung nur durch Umschichtung zu Lasten der Landesverteidigung zu realisieren. Seitdem

lautete die Arbeitsteilung: Die USA sind für die internationale „Drecksarbeit“ zuständig, Mittelmächte wie Deutschland gerieren sich als Free- oder Cheaprider der US-Hegemonie und arbeiten weiter am Ausbau des Sozialstaates, was dort zu wachsender Kritik führte.

Seitdem nicht mehr die SU, sondern China als der neue Herausforderer wahrgenommen wird, wuchs der Druck auf die NATO-Mitglieder, zwei Prozent des Sozialprodukts für das Militär auszugeben. Die SU wollte die USA auf einem schwachen wirtschaftlichen Fundament militärisch herausfordern. Im Falle Chinas ist es umgekehrt. Erst seitdem dort ein starkes wirtschaftliches und technologisches Fundament geschaffen wurde, holt man auch militärisch auf. Durch die Fixierung auf China wurde Russland aus den Augen verloren und übersehen, dass dort seit Beginn der Putin-Ära eine Restauration des maroden militärischen Sektors erfolgte, die wesentlich wie zu Zeiten der SU durch den Export von Rohstoffen finanziert wurde. Der Preis, den Russland durch die exklusive Verwendung zahlen musste, war die Fortschreibung der alten Rohstoffexportökonomie statt des Umbaus der Wirtschaft mit der Konsequenz, weiter hochwertige Konsum- und Ausrüstungsgüter importieren zu müssen. An die Stelle der Staatskonzerne waren die Oligarchen getreten.

Deshalb ist Putin nicht mehr viel Zeit geblieben ist, sein eigentliches Ziel, die Restauration des sowjetischen oder besser des zaristischen Imperiums zu verfolgen. Ihm läuft nämlich die Zeit weg, weil er als Siebzigjähriger alles noch selbst erleben will und weil das Ende der fossilen Energieträger und damit der wirtschaftlichen Basis seiner imperialen Politik, die in Georgien begonnen und in Syrien getestet wurde, absehbar ist. Der Widerstand gegen die zweite Ostsee-Pipeline war vielfältig – auf Seiten der USA, weil sie selber mit Flüssiggas ins Geschäft kommen wollen, auf Seiten der osteuropäischen Länder, weil sie als Durchleitungsländer auf den Landrouten umgangen werden können, und innenpolitisch, weil die zweite Pipeline die Fortschreibung des Vertrauens auf fossile Energie bedeutete.

Doch jetzt ist über Nacht wieder eine Zeitwende angebrochen, die in ihrem Tiefgang dem Fall der Berliner Mauer und dem Angriff auf das World Trade-Center entspricht. Nachdem in immer dichter Abfolge die Welt durch immer neue Krisen erschüttert wurde – 2009 die Finanzkrise mit der Folge explodierender Immobilienpreise und Mieten, 2015 die Flüchtlingskrise mit der Folge eines erstarkenden Populismus, 2018, angefacht durch Fridays for Future, die lange schwelende Umweltkrise, mit der

Folge, dass der energetische Umbau endlich angegangen wird, 2019 die Corona-Krise mit der Folge der Lockdowns und jetzt Putins Krieg gegen die Ukraine, der die liebgewonnene Friedensordnung in Europa in Frage stellt mit Konsequenzen, die noch gar nicht alle absehbar sind. Es ist schon paradox – aber die Fridays for Future haben Putin zu raschem Handeln gedrängt. Während also die Nachfrage nach internationaler Ordnung gestiegen ist, waren die USA aus strukturellen wie aus innenpolitischen Gründen seit Trumps Losung „America first“ immer weniger bereit, diese auch zu bedienen. Mit der Biden-Administration hat sich zwar das Klima geändert, doch ist das strukturelle Dilemma der USA zwischen Positions- und Statusverlust geblieben. Sollen sie, um dem Wettbewerbsdruck aus China zu begegnen, protektionistisch werden und so den Staus als internationale liberale Ordnungsmacht verlieren oder umgekehrt?

Jetzt ist die Klimax dieser Krisenkaskade erreicht und hat in vieler Hinsicht im Denken wie im Handeln einen regelrechten Paradigmenwechsel ausgelöst. Erschüttert ist das Axiom des idealistischen Denkens, das auf die Kooperation der Staaten setzt, weil der Mensch vernünftig und lernfähig ist, also seine Lehren aus der Geschichte zieht. Unterschiedliche Interessen können durch Kompromiss und Ausgleich, internationale Abkommen und Organisationen, durch die Regeln des Völkerrechts und normenbasiertes Handeln zum Ausgleich gebracht werden. Doch orientalische Despoten vom Schlage eines Putin sind weder vernünftig noch lernfähig, sondern leben in der Welt der Mythen. Deshalb ist im Westen das klassische realistische Denken zurückgekehrt, das auf die Logik der Abschreckung setzt und, wenn diese versagt, auf die Logik der Sanktionen. Konflikte können zwar nicht beseitigt, aber eingeehgt werden. Damit diese Logik funktioniert, bedarf es der wirtschaftlichen und militärischen Macht, die aber nicht nur an sich vorhanden sein, sondern auch demonstriert und im Zweifelsfalle exekutiert werden muss, um wirksam zu sein. Die Grenze des Handels bestimmt nicht die Gesinnungs- sondern die Verantwortungsethik, die immer das Ergebnis des Handelns mitdenken muss. Biden kann zwar Sanktionen verhängen, darf aber nicht militärisch intervenieren, weil er dann einen 3. (nuklearen) Weltkrieg riskiert. Putin hat damit gedroht. Er kann das, weil Despoten im Unterschied zu Demokraten weniger Rücksicht auf die öffentliche Meinung im Innern nehmen müssen, im Zweifelsfalle sogar eine zweite Front im Innern zu deren Unterdrückung erreichen.

Europa zieht wieder an einem Strang Auch für Neutrale ist es attraktiv, Mitglied in EU und NATO zu sein. Ein positives Brexitvotum ist aktuell kaum vorstellbar, zentrifugale

Tendenzen in Polen und Ungarn mehr erkennbar. In Deutschland hat es sogar einen doppelten Paradigmenwechsel gegeben – exekutiert ausgerechnet von einer nicht konservativ geführten Regierung. Die Erfüllung des Zwei Prozent-Ziels und dazu noch finanziert durch Verschuldung ist plötzlich möglich verbunden mit einer Strukturreform der Bundeswehr, die wieder vorrangig der Landesverteidigung dienen soll. Im Gespräch ist eine dritte Panzerdivision, die Ersetzung der Tornados durch Stealth-Bomber, die Entwicklung von Kampfdrohnen, die ein unbenanntes Leitflugzeug umschwärmen. Bei dessen Realisierung würde Deutschland als größte Volkswirtschaft in Europa auch zur größten Militärmacht aufsteigen! Auch das No Go der Lieferung von Rüstungsgütern in Krisengebiete ist plötzlich erlaubt. Genauso radikal ist das strategische Umdenken im Hinblick auf die Energieversorgung mit der Verkehrung der Logik des Erdgas-Röhren-Geschäfts. Die Bezugsquellen fossiler Energie sollen diversifiziert, die Deregulierung der Lagerhaltung von Öl und Gas rückgängig gemacht werden, Flüssiggas per Tanker das Erdgas per Pipeline ersetzen, die Kohlekraftwerke doch nicht abgeschaltet, die Laufzeit der AKWs verlängert werden – solange, bis der grüne Wasserstoff die Erlösung bringt. Geopolitik nicht mehr als Friedenspolitik und Wahrnehmung komparativer Vorteile, sondern als Vorbereitung für den Ernstfall, um nicht erpressbar zu sein. Geändert hat sich nicht die Konstellation, sondern deren Wahrnehmung

Alles zusammen läuft auf einen Ost-West-Konflikt 2.0 der liberalen Welt gegen die autoritäre hinaus, wobei mit Osten der Ferne Osten mit China im Zentrum gemeint ist mit dem europäischen Teil Russlands nur die westliche Peripherie wie zu Zeiten der Mongolenherrschaft. Was sich über die Jahre zusammengebraut hat, war ablesbar an der Abstimmung der UNO-Vollversammlung über die Ukraine-Resolution. In völliger Verkennung wurde diese in der westlichen Presse als Isolierung Russlands gefeiert, wie das Ergebnis mit 141:5:34 auf den ersten Blick verkündete – nicht gerechnet 12 Länder, die nicht an der Abstimmung teilgenommen haben, eine verdeckte Form der Enthaltung. Also haben 51 Länder, mehr als ein Viertel der UNO, Putins Krieg nicht verurteilt. Berücksichtigt man den Anteil der Weltbevölkerung, den diese repräsentieren, waren es wegen der Enthaltung von China, Indien, Pakistan, Iran, Vietnam u.a. mehr als die Hälfte. Bei den Atommächten waren es mit Russland, China, Indien, Pakistan und Nordkorea die Mehrheit. Die Hälfte der afrikanischen Länder hat nicht zugestimmt. Die ehemaligen zentralasiatischen Sowjetrepubliken und der Iran haben sich enthalten bzw. sind der Abstimmung ferngeblieben. Die Türkei hat zwar

zugestimmt, beteiligt sich aber nicht an den Sanktionen. Die kartographische Abbildung der Abstimmung markiert die Neue Seidenstraße. Es erscheinen die Konturen eines von China dirigierten Blocks ihrer aktuellen und künftigen Anrainer. Solange China militärisch noch nicht in der Lage ist, die USA als internationale militärische Ordnungsmacht abzulösen, soll die Neue Seidenstraße als Interimslösung fungieren, bei der es nicht internationale Öffentliche Güter, sondern Clubgüter für die Mitglieder im Club der Neuen Seidenstraße bereitstellt.

Auch für China steht aktuell viel auf dem Spiel. Perspektivisch wird es zwar das russische Gas und Öl abnehmen und im Gegenzug Konsumgüter und Hochtechnologie liefern nach dem Muster des Erdgas-Röhrengeschäfts und so Russland aus seiner sanktionsbedingten Isolation befreien. Doch derzeit bewegt sich der bilaterale Handel nur im Promille-Bereich, ist der Handel mit dem Westen essentiell. Wenn überhaupt, dann kann nur China Putin stoppen aus beiderseitigem Interesse – weil China kein Interesse an einer Weltwirtschaftskrise haben kann und weil Putin auf die Rohstoffeinnahmen angewiesen ist. Wie so ein Deal unter Despoten aussieht, hat man im Vorfeld der Olympiade gesehen. Putin hält sich zurück, bis die Olympiade vorbei ist. Dafür bekommt er chinesische Rückendeckung, wenn er losschlägt. Genauso ist es gekommen.